



**Rede des
SPD-Kreisvorsitzenden
Guido van den Berg**

**„Partei ist kein Selbstzweck -
Inhalte zählen“**

**auf dem Kreisparteitag
der Rhein-Erft SPD
am 19.11.2011
in Erftstadt-Gymnich**

- Es gilt das gesprochene Wort -

www.rhein-erft-spd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor zwei Jahren haben wir einen Neustart der Rhein-Erft SPD unser Motto war: „Wegen Umbau geöffnet“ gewagt. Wir haben das Mitgliederprinzip eingeführt und einen Schwerpunkt darauf gesetzt, wirklich an neuen Inhalten für die Kreispolitik zu arbeiten. Mit Erfolg! Die IdeenTreffs, die wir durchgeführt haben waren wirklich spannende Veranstaltungen. Viele gekommen nicht nur Parteimitglieder. Heimische Busbetriebe als wir über die Zukunft der Kreisverkehrsgesellschaft gesprochen haben. Umwelt- und Naturschutzverbände als wir die Waldkonferenz hatten. Und interessierte Bürgerinnen und Bürger als es um die Zukunft der Demokratie ging. Herzlicher Dank an alle die dabei waren. Einiges findet sich in den heutigen Anträgen wieder. Wir haben uns geöffnet - aber ich sage auch: Mitgliedschaft in einer Partei muss ihren eigenen Wert behalten. Und ich halte nichts davon Parteireformen zu machen, wo die Nicht-Mitglieder wertvoller werden als die Mitglieder. Ich weiß: Funktionäre kommt von Funktionieren. Und ich schätze die ehrenamtliche Arbeit in unseren Ortsvereinen. Ja wir öffnen uns, einverstanden. Aber wer als Kandidat aufgestellt wird, dass muss von den Mitgliedern entschieden werden.

Und ganz wichtig: Kreispartei und Kreistagsfraktion waren gemeinsam unterwegs. Ihr wisst, das war nicht immer so. Deswegen mein erster Dank an Hans Krings. Eine konzeptionelle, eine realistische und eine tragfähige politische Alternative für verschiedene Politikbereiche formulieren ist Kernerarbeit. Mit der Kreistagsfraktion gemeinsam ist da in vielen Bereichen - Wirtschaftsförderung, Verkehrspolitik, Demenz, Waldentwicklung und vielem mehr gelungen. Zwei Jahre nach den schweren Niederlagen Kommunal und im Bund können die Bürger feststellen: Die Sozis haben an sich gearbeitet. Sie sind wieder auf Ballhöhe und sie präsentieren eigene Ideen. Tragfähig, an der Sache orientiert, in die Zukunft ausgerichtet.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass dies unser gemeinsamer Erfolgsweg für die die Sozialdemokratie im Rhein-Erft-Kreis werden wird. Parteien- und Politikverdrossenheit kommt nämlich auch daher, wenn Politiker und Politikerinnen sich nur mit dem vermeintlichen Gegner beschäftigen und nicht mit eigenen Vorstellungen. Die Botschaft muss sein: Die Sozis stellen sich den Aufgaben und Problem des Kreises. Lasst mich fünf Baustellen benennen, an denen wir arbeiten müssen:

1. Wir müssen das Thema **Inklusion** endlich angehen. Wir sind europäisches Schlusslicht bei der Einbindung von Kindern mit Behinderungen in Regelschulen. Unsere Geschichte ist vermutlich Ursache dafür, dass wir hier nicht auf der Höhe der Zeit sind. Das wird ein schwieriger Prozess. Aber ich sage heute bereits klar. Inklusion heißt auch: Am Ende wollen wir weniger Kinder in Förderschulen und wir brauchen mehr Geld in Regelschulen.
2. Die SPD ist die treibende Kraft bei der **Innovationsregion** Rheinisches Revier. Es war dieser Kreisverband, der maßgeblich dafür gesorgt hat, dass erstmals unsere Region so prominent in einem Koalitionsvertrag auftaucht. Gerne will ich dazu einmal den Kölner-Stadt Anzeiger vom 28.04.2011 zitieren: „Gelegentlich wurmt es CDU-Spitzenpolitiker, dass sie in der Ära Rüttgers nicht selbst auf die Idee gekommen sind, sich um die Entwicklung des Reviers in der Zeit nach der Kohle 2030 bis 2045 zu

kümmern“ Wir sagen: Wurmt Euch nicht. Macht mit. Es geht darum die gute Industriestruktur, die wir heute haben, zukunftsfest zu machen.

3. Wir gehen das Thema **Demografischer Wandel** an. Der Landrat hat bei dem Thema vor allem die große Bühne gesucht. Als es darum ging konkrete Angebote für die Betroffenen z.B mit Demenzzentren zu schaffen wurde es merklich ruhiger. Der SPD reichen Gesprächsrunden nicht. Es muss Hilfsangebote für die Betroffenen und das sind auch die Angehörigen - geben. Zu Demografie gehört aber auch die Kreisplanung. Die Kreistagsmehrheit stimmt weiter unkritisch bei jeder Versiegelung von Flächen zu. Wenn die Bevölkerung aber absehbar zurückgehen wird, ist alte Wachstumspolitik kontraproduktiv. Die Infrastruktur wird immer teurer im Unterhalt werden. Statt immer neuer Versiegelung muss die Modernisierung von Ortskernen im Fokus stehen. Die Pestel Studie zeigt uns auf, dass 2020 Altersarmut im Rhein-Erft-Kreis droht auch weil wir zuwenig kleine bezahlbare Wohnungen haben. Wir sollten an einem Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik arbeiten: Ortskerne aufwerten und attraktiver machen. Auf neue Flächenausweisungen verzichten und den Bestand energetisch modernisieren und demografiefest machen. Das ist ein großes Stück Arbeit.
4. Bei der **Verkehrspolitik** werden wir deutlich Flagge zeigen. Während die Grünen seit Jahrzehnten einer fixen Idee nachhängen eine Villedahn von Wesseling nach Bergheim zu bauen, wollen wir lieber schnelle S-Bahnverbindungen in die Oberzentren. Gute Verbindungen, da wo viele Menschen fahren wollen. Wir wollen einen Busverkehr der sich den Bedürfnissen der Ortslagen anpasst, während Schwarz-Grün viele Ortsteile vom Regionalbussystem abkoppeln wollen. Und wir streuen den Menschen beim Straßenbau keinen Sand in die Augen Im Bauprogramm für 2010 hätte die schwarz-gelbe Landesregierung Baumaßnahmen für 265 Millionen Euro ausgewiesen, selbst aber nur 67 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wer so riesige Finanzlöcher hinterlässt taugt jetzt nicht als Anwalt für Straßen, für die er gerade mal das Geld zu einer Bleistiftzeichnung zur Verfügung gestellt hatte. Und zur Redlichkeit noch ein Hinweis: Verkehrsminister Ramsauer will die Straßenbaumittel für NRW von 380 Millionen in 2010 auf 132 Millionen in 2014 absenken. Da wäre Protest der CDU angebracht.
5. Wir müssen ein **Fairnessabkommen** zwischen dem Kreis und den 10 Städten beim Thema Kreishaushalt entwickeln. CDU, FDP und Grünen machen das derzeit so: Gibt es Belastungen z.B. durch den Landschaftsverband so werden diese sofort auf die Kommunen umgelegt. Gibt es Entlastungen so gehen diese in den Kreishaushalt. Kreisumlage nach Kassenlage, das muss vorbei sein. Wir brauchen endlich eine wirkliche Konsolidierung der Kreisfinanzen. Schuldenabbau durch den Verkauf von Vermögen ist noch keine Leistung. Wenn die SPD wirkliche Effizienz Verbesserungen vorschlägt: Prüfungsämter zusammenfassen bei Bauhöfen kooperieren oder Einkaufsgemeinschaften bilden, da sagt die CDU stets: tolle Idee - nur dann passiert nichts.

Unser Hauptmitbewerber hat Politik auf einem Klatschparteitag im Wesentlichen auf „Macht haben“ reduziert. Was mit der Macht geschehen soll ist unklar. Hauptsache Mandate. Der Vorsitzende der Kreis-Union hat das Erlangen von Positionen vor einer Woche zum entscheidenden Erfolgskriterium bestimmt. Nicht das was für die Bürgerinnen und Bürger erreicht wird.

Wenn man Politik so falsch versteht, da wundert es doch nicht, wenn denen in den politischen Mandaten jetzt offenbar langweilig wird. Klar gesagt, Ein Beruf neben einem Abgeordnetenmandat ist legitim. Aber da bin ich mir mit Helge Herrwegen ganz einig, man muss das auch offen und ehrlich vor der Wahl sagen und den Wählerinnen und Wählern das Gegenteil versprechen. So geht's nicht. Und der Landrat? Im Kreishaus wird er schon heute eher selten gesehen. Kein Wunder bei den zahlreichen Nebentätigkeiten. Jetzt will es noch eine millionenschwere Stiftung verwalten - angeblich alles am Wochenende vom Küchentisch aus? Wer das glaubt wird selig. Der einzige der wirklich Pech hat ist der abgewählte Ministerpräsident. Bekanntlich hlt er lieber Vorträge in Rom als bei Abstimmungen im Landtag dabei zu sein. Nun wollte man ihm den wohl über Monate anvisierten Lobby-Job nicht geben. So muss er neben dem Abgeordnetenmandat in einer Kanzlei und als Dozent an der Uni seine Zeit vertreiben.

Mein Fazit ist klar: Die konservative Kreistagsmehrheit hat ihren Zenit deutlich überschritten. Man definiert Erfolg nur noch über Mehrheit und Macht.

Wir Sozialdemokraten müssen den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir Gestalten wollen. Partei ist kein Selbstzweck. Sie ist für die Menschen da. Für die die sie gewählt haben und für die denen sie sich verpflichtet fühlt. Die SPD ist erkennbar die einzige Partei im Kreis, die den Menschen eine politische Alternative zur konservativen Mehrheit anbieten will. Die Grünen sind zu einer FDP mit Mülltrennung mutiert. Das können wir leicht entlarven.

Am deutlichsten ist dies bei der Optionsentscheidung geworden, bei der CDU, FDP und Grüne, die Rechtspopulisten von Pro NRW als Mehrheitsbeschaffer hoffähig machen wollten. Wir sagen klar: Es war ein Tabubruch Mehrheiten mit den ewig Gestrigen bilden zu wollen. Man kann hier sehen, wohin diese sinnentleerte Machtpolitik führt. Wir sagen klar: Wehret den Anfängen.

Wohin Orientierungslosigkeit führen kann, kann man auch an der aktuellen Bundesregierung sehen. Ich weiß gar nicht wie ich das noch toppen soll, wenn sie sich doch selber bereits als „Gurkentruppe“ oder „Wildsäue“ bezeichnen. Bleiben wir dann doch lieber bei den Themen: Gerade die Kreis-CDU versucht aktuell mit einer Lohnuntergrenze für sich zu werben. Mit Mindestlohn hat das aber nichts mehr zu tun. Die CDU-Lohnuntergrenze ist weder allgemein noch verbindlich.

Klartext: Der Vorschlag der Union ändert nichts daran, dass Millionen von Menschen in Deutschland, obwohl sie normal arbeiten, trotzdem hinterher zum Sozialamt müssen. Das bedeutet konkret dass die CDU es weiter zulassen will, dass die Friseurinnen in Thüringen weiter nach Tarif ganze 3,18 Euro in der Stunde erhalten soll. Mit den Gewerkschaften treten wir gegen diese Hungerlöhne an und wollen einen flächendeckenden allgemeinverbindlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Wer Vollzeit arbeitet muss auch einen Lohn bekommen von dem man leben kann.

In der Energiepolitik könnte man die Versorgungsprobleme sicher gut lösen, wenn man die heiße Luft oder die Umfallgeschwindigkeit der CDU in Energie umwandeln könnte. Wollen die uns heute ernsthaft glauben machen, dass Merkel & Co zu den Wackersdorf-Besetzern gehört haben. Ich bin sicher, dass die Menschen zwischen Original und Kopie unterscheiden können. Aber auch die SPD muss kritisch dran bleiben: Energiepolitik ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Bleibt Strom und Wärme für Mieterinnen und Mieter bezahlbar? Es gibt große Förderprogramme für Eigenheimbesitzer hoch subventioniert auch oder gerade für Menschen denen es eher besser geht. Aber was ist mit den anderen?

Es gibt genug Stoff für einen guten Bundestagswahlkampf. Ich sehe es Gabi Frechen bei diesen Themen immer in den Fingern zucken. Bürgerversicherung statt Kopfpauschale, Kita-Plätze statt Herdprämie. Und ganz wichtig einen handlungsfähigen Staat mit handlungsfähigen Kommunen statt sinnlose Steuersenkungen. Deutlich machen: Demokratie hört nicht am Werkstor auf. Mitbestimmung und Betriebsräte sind keine Hemmschuhe sondern Turnschuhe des deutschen Wirtschaftswunders gewesen. Steuern auf internationale Finanztransaktionen und Spekulationen einführen statt Schweizer Steuerflüchtlinge legalisieren. Und klar machen: Europa ist nicht das Problem sondern die Lösung für die aktuellen Finanzkrisen. Endlich eine Präsidentin oder einen Präsidenten für Europa wählen.

Das ist Sozialdemokratie. Das ist gute Politik für die Menschen. Und das müssen wir mehrheitsfähig machen.

Glückauf!

* * *